Gemeinde Remchingen

Pressemitteilung

22. April 2024

Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac.). Was wünschen sich die Remchinger Achtklässler für und von ihrer Gemeinde? Gut zwanzig Schülerinnen und Schüler der vier weiterführenden Schulen präsentierten dem Remchinger Gemeinderat vor seiner Sitzung ihre Ideen und Wünsche, die sie im Rahmen des Beteiligungsprojekts „Achterrat“ im laufenden Schuljahr erarbeitet hatten. Gemeinsam mit den Schulsozialarbeiterinnen luden sie dazu ein, an mehreren Stellwänden ins Gespräch zu kommen. Während sich einige Achtklässler einen Wasserspender für das Gymnasium wünschten, warben Ben Hoffmann und Jona Heck für einen öffentlichen Basketballplatz und erstellten dafür kurzerhand ein 3D-Modell. Mia Seidel und Lorena Di Batista schlugen ein Open-Air-Kino an je zwei Wochenenden in den Sommermonaten im Freibad vor. Die Werbeplakate würden sie ebenso beisteuern wie Unterstützung beim Ticket- und Popcornverkauf: „Dadurch hätten wir einen Treffpunkt für Jung und Alt und eine weitere Beteiligungsmöglichkeit für Vereine.“

Kunstvolles Graffiti könnten sich derweil Lara Fantz und Alexia Mack vorstellen – beispielsweise für die Bahnhofsunterführung oder Pausenhofwände: „Wir könnten einen Wettbewerb daraus machen.“ Daran knüpft der Wunsch von Ceyda Klesing an, in der Bahnhofsunterführung für mehr Licht, Sauberkeit und Sicherheit zu sorgen. Auch auf einigen Radwegen wünschen sich die Schüler eine bessere Beleuchtung. Mehr Busverbindungen, echte vegetarische Alternativen und ein großer Obstkorb in den Mensen gehörten ebenso zu den Ideen wie größere öffentliche Sportplätze – auch für Darmsbach. Einen „Calisthenics“-Park, in dem man beispielsweise an Klimmzugstangen trainieren kann, schlugen derweil Rasmus Augenstein, Jonas Gilhorn und Leon Winter vor. „Mit einem Sportpark in der Nähe würde man Kinder, aber auch Erwachsene motivieren, weniger vor dem Bildschirm zu sitzen und mehr Sport zu treiben“, begründete Rasmus und erfuhr von Lothar Scheurer (Bürgerliste), dass es so einen Turnplatz schon vor 60 Jahren an der Singener Pfinzstraße gab.

Emma Hildermann und Deborah Flinspach brachten einmal mehr den Remchinger Skatepark aufs Papier – und damit eine Idee, die es schon bei Jugendbeteiligungen vor gut zehn Jahren gab. Letztlich scheiterte die Umsetzung immer wieder am Standort. So verhinderten etwa mögliche herabfallende Teile einen Bau unter der Nöttinger Autobahnbrücke. „Wir sind in Deutschland – da macht man sich eben Gedanken über vieles“, erklärte Markus Gartner (Freie Wählervereinigung) den Schülern die Hürden so mancher Umsetzung, während auch Thomas Walch (CDU) verdeutlichte, dass sie nicht ernüchtert sein dürften über die Dauer so mancher Projekte: „Vieles ist an mehr Aufwand, Kosten oder rechtliche Vorgaben geknüpft als man denkt, das habe ich während meiner Gemeinderatstätigkeit lernen müssen.“

In seiner anschließenden Sitzung beauftragte der Gemeinderat die Verwaltung einstimmig, die Vorschläge innerhalb von sechs Monaten auf Umsetzung zu prüfen.

Einsatzleitwagen teurer als erwartet

Einstimmig beschloss der Remchinger Gemeinderat die Beschaffung eines neuen Einsatzleitwagens für die Freiwillige Feuerwehr, nachdem das bisherige Fahrzeug 20 Jahre alt ist und nicht über Digitalfunktechnik verfügt. Das einzige eingereichte Angebot der Firma Elmar Püttling aus Rees liegt mit Kosten in Höhe von rund 213.000 Euro deutlich über den im Doppelhaushalt geplanten 120.000 Euro. Dies sei der Marktsituation geschuldet und es gebe nur wenige Anbieter, weshalb eine erneute Ausschreibung kaum Sinn mache, erklärte Hauptamtsleiterin Diana Wirth auf Nachfrage von Volker Bräuninger (SPD). So sei der Enzkreis kürzlich bei einer MTW-Ausschreibung leer ausgegangen und habe erst in der zweiten Runde ein Angebot erhalten. Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung) hatte sich derweil über Anbieter informiert, die einen Umbau bestehender Fahrzeuge anbieten – allerdings mit Wartezeiten von drei Jahren, während das neue Fahrzeug innerhalb von anderthalb Jahren geliefert werden soll.

Große Anstrengungen fürs Energiesparen

Die Gemeinde Remchingen will den Klimaschutz verstärkt angehen und hatte dafür bereits im Februar 2023 zu einer Bürgerbeteiligung aufgerufen. Auf deren Grundlage hatte die Klimaschutz- und Energieagentur Enzkreis Pforzheim (keep) mehrere kurzfristig umsetzbare Maßnahmen erarbeitet und dem Umweltausschuss vorgestellt. Dieser hatte die Maßnahmen priorisiert: An erster Stelle rückte dabei die Einführung eines kommunalen Energiemanagements, gefolgt von der Eigenversorgung der Liegenschaften mit erneuerbaren Energien, der Sensibilisierung der Öffentlichkeit und einer fahrradgerechten Infrastruktur. Zu den weiteren

Vorschlägen gehören unter anderem die Investition in Windkraft, Photovoltaik auf Parkplätzen, Bewusstseinsbildung in Schulen und bei Ratsbeschlüssen oder die Installation weiterer E-Ladepunkte.

Um von einer Förderung profitieren zu können, muss die Gemeinde mindestens fünf Maßnahmen benennen und eine innerhalb des Förderzeitraums umsetzen. Dazu stellten Felicia Wurster (keep) und Jörg Scholtes (Netze BW) eine mögliche Umsetzung des kommunalen Energiemanagements vor. Dieses sieht vor, durch die Bereitstellung von Personal, die Installation von Messeinrichtungen und entsprechender Software den Energieverbrauch gemeindeeigener Gebäude genauer unter die Lupe zu nehmen und dadurch entsprechende Maßnahmen abzuleiten, um Energie einzusparen. Der finanzielle Aufwand liegt mit einer Vollzeitstelle, entsprechenden Zählern, Software und Dienstleistern bei bis zu 335.000 Euro über einen Zeitraum von drei Jahren. 70 Prozent der Kosten wären bei einer Projekteinreichung bis zum Juni jedoch förderfähig, so die Berater, die auch darauf hinwiesen, dass ein solches Management möglicherweise bald verpflichtend werden könnte und damit nicht mehr förderfähig wäre. Eine schnelle Entscheidung könne sich deshalb lohnen.

Während sich Klaus Fingerhut (Grüne) und Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung) angesichts der hohen Kosten mehr Vorbereitungszeit gewünscht hätten, erfuhr Volker Bräuninger (SPD) auf Nachfrage, dass die Maßnahme auch deutlich günstiger durchführbar sei: „Prinzipiell geht es auch ohne Personal. Aber nur wenn sich jemand darum kümmert, hat man auch deutliche Effekte“, erklärte Scholtes. Antje Hill (SPD) plädierte dafür, den Antrag schnellstmöglich zu stellen – der Umfang der späteren Umsetzung sei damit noch nicht fix. Bei einer Enthaltung von Markus Gartner (Freie Wählervereinigung) beschloss der Rat, einen Förderantrag zu stellen und die Implementierung des kommunalen Energiemanagements in die Wege zu leiten. Bei drei Enthaltungen stimmte das Gremium zudem dafür, auch die anderen Maßnahmen weiter voranzutreiben.

Entscheidung über „Orts-App“ vertagt

Jürgen Kern vom Friolzheimer Start-Up-Unternehmen MD Media präsentierte im Remchinger Gemeinderat das Konzept seiner Orts-App „Mein Dorf“ als eine Art „digitales, tagesaktuelles Mitteilungsblatt“. Das Portal, das bereits sechs Gemeinden und Stadtteile in der Region nutzen, könne neben aktuellen Nachrichten der Gemeindeverwaltung auch Beiträge von Vereinen, Schulen und Kitas, Gewerbetreibenden oder Kirchen ermöglichen. Mit speziellen Chatfunktionen könnten Vereinsmitglieder, Kiga-Eltern oder Schulen untereinander kommunizieren, erklärte Kern. Außerdem seien unter anderem Meinungsumfragen, Hallenbelegungen,

Helfer-Planungen, digitale Mängelmeldungen und selbst Krankmeldungen an registrierte Gewerbetreibende denkbar. Dadurch entstehe der Gemeinde kein Mehraufwand und die Basisnutzung sei für alle Beteiligten kostenlos, da sich die App über Werbung der Gewerbetreibenden finanziert.

Ein zweiter Anbieter einer Orts-App erschien am Donnerstagabend nicht zur Sitzung. Unabhängig von der Neugestaltung der Gemeindewebsite könne sich Bürgermeisterin Julia Wieland (parteilos) die Einführung einer solchen App, die sie bereits aus ihrer Zeit als Ortsvorsteherin von Huchenfeld kenne, vorstellen. Volker Bräuninger (SPD) verwies auf das bestehende ebenso private Angebot „remchingen-prima“ und fragte nach, was passiere, wenn sich nicht genug Firmen beteiligen. „Die App lebt und fällt damit, wie sie im Ort angenommen wird“, verdeutlichte Kern. Vor einer möglichen Zustimmung sahen einige Räte allerdings noch weiteren Klärungsbedarf, weshalb sie mit 18 Ja-Stimmen dem Antrag von Felix Casper (CDU) auf Vertagung zustimmten.

Glasfaser soll kommen

Einstimmig beschloss der Remchinger Gemeinderat, den Glasfaserausbau mit den Stadtwerken Pforzheim (SWP) im Rahmen eines eigenwirtschaftlichen Ausbaus anzugehen. Kristian Kronenwetter präsentierte das Konzept, mit dem die SWP ohne Kosten für die Gemeinde nach einer intensiven Bedarfsabfrage möglichst alle Straßenzüge im bebauten Gebiet mit Anschlüssen ausstatten will. Bis alle Gehwege aufgegraben und die Kabel verlegt seien, könne es bis zu drei Jahre dauern. Für den Anschluss einer Straße sei ein verbindliches Interesse von etwa einem Viertel bis einem Drittel der Anwohner das Minimum: „Ob es einen Ausbau gibt, liegt an denen, die mitmachen.“ Ein zweiter angefragter Anbieter sagte die Präsentation kurzfristig ab.

Wieso man dazu nicht den Zweckverband Breitbandversorgung des Enzkreises nutze, in dem Remchingen seit Jahren Mitglied ist, fragte Martin Gegenheimer (CDU): „Ansonsten können wir ja austreten.“ Bürgermeisterin Julia Wieland (parteilos) erklärte, dass Remchingen aufgrund der objektiv guten Internetversorgung am Ende der Prioritätenliste des Verbands stehe und es darüber Jahre bis zum Ausbau dauern würde. Gleichzeitig könne man den Verband nicht verlassen, da dafür ein einstimmiger Beschluss der Teilnehmer nötig ist, der nicht zu erwarten sei.

Erdarbeiten für Friedhöfe vergeben

Einstimmig vergab der Gemeinderat die Erdarbeiten zum Öffnen und Schließen von Gräbern auf den Remchinger Friedhöfen an ein Unternehmen aus Pfinztal zum Angebotspreis von jährlich rund 29.000 Euro über eine Laufzeit von zwei Jahren. Zwei von elf angeforderten Unternehmen hatten ein Angebot eingereicht.

Für den Gemeinsamen Gutachterausschuss des Enzkreises schlug der Gemeinderat zudem die drei Vertreter Frank Stolzenberg, Volker Bräuninger und Klaus Fingerhut für eine weitere Amtszeit vor.

Alexandra Klamandt regte in der Bürgerfragerunde an, neben der Jugendbeteiligung, die sie ausdrücklich unterstütze, auch eine Seniorenbeteiligung einzuführen. „Nach den Wahlen bin ich gerne offen dafür, über einen Seniorenrat zu sprechen“, antwortete Bürgermeisterin Julia Wieland. Johannes Kolaska fragte derweil, wie die Gemeinde möglichen Zerwürfnissen wegen der überproportionalen Verteuerung der Grundsteuer, die es aktuell in einigen Gemeinden gebe, entgegnen wolle. Kämmerer Frank Burghardt antwortete, dass die Gemeinde im Herbst eine neue Hebesatzverordnung vorstellen wolle, die unterm Strich der Aufkommensneutralität gerecht werde.

Julian Zachmann